

EU-Haushalt: Rektoren fordern deutlich mehr Investitionen in das Wissensdreieck

27.04.2018 | Internationalisierung Deutschlands, Bi-/Multilaterales

Am kommenden Mittwoch (2. Mai) wird die Europäische Kommission ihren Vorschlag für den neuen Finanzrahmen der EU vorlegen. Dieser wird die EU-Haushaltlinien für sieben Jahre, von 2021 bis 2028, festlegen. Die deutsche (HRK), französische (CPU) und polnische (KRASP) Rektorenkonferenz fordern gemeinsam die Europäische Kommission, ihre jeweiligen Regierungen und das Europäische Parlament auf, diese Chance zu nutzen, um Europa auf die Zukunft vorzubereiten, indem sie ihre Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation erhöhen.

Mit ihrer gemeinsamen Erklärung schließen sich die drei Rektorenkonferenzen der Forderung der European University Association (EUA) an, in die Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit Europas zu investieren.

Die Rektorenkonferenzen unterstützen daher nachdrücklich die jüngsten Erklärungen der europäischen Institutionen und Mitgliedsstaaten, ihre Investitionen in das Wissensdreieck auf mindestens 200 Milliarden Euro zu erhöhen. Die EU sollte ihre Mittel für Forschung und Innovation von 80 Milliarden Euro auf 160 Milliarden Euro verdoppeln. Die Mittel des Programms Erasmus+, das mehr als neun Millionen Menschen einen Aufenthalt in einem anderen EU-Land ermöglicht hat, sollten sogar auf 44 Milliarden Euro verdreifacht werden.

HRK-Präsident Horst Hippler:

„Unsere Forderungen mögen auf den ersten Blick ehrgeizig erscheinen, die Relation zu einer anderen Zahl aber macht sie verständlich: Bisher investiert die EU nur neun Prozent ihres Gesamtbudgets in Bildung, Forschung und Innovation. Die beiden EU-Flaggschiffprogramme `Erasmus+´ für den Studierendenaustausch und `Horizont 2020´ für die Forschungs- und Innovationszusammenarbeit sind eher kleine Posten im Gesamthaushalt der EU geblieben, trotz ihres ausgezeichneten Rufs. Die Ausbildung kluger Köpfe sowie die Schaffung von neuem Wissen, kreativen Ideen und wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lösungen sind unsere wichtigsten Ressourcen in Europa. Sie sind der Schlüssel zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, Dienstleistungen und Produkte.

In Zeiten zunehmenden Populismus und wachsender EU-Skepsis müssen wir die europäischen Politikfelder, die die Grundlage für unsere wirtschaftliche und politische Widerstandsfähigkeit und unseren kulturellen Reichtum bilden, dringend finanziell stärken.“

KRASP-Präsident Jan Szmids:

„HRK, CPU und KRASP unterstützen ausdrücklich die Initiative der `Europäischen Hochschulnetzwerke´, die die EU-Regierungen im vergangenen Dezember gestartet haben. Dieses neue Instrument kann sich zum fehlenden Bindeglied zwischen dem Europäischen Forschungs- und dem Europäischen Hochschulraum entwickeln. Hochschulen aus verschiedenen Ländern in ganz Europa können strategisch zusammenarbeiten, gemeinsame Forschungs- und Innovationsschwerpunkte schaffen, integrierte Studiengänge einrichten und ihr internationales Profil verbessern. Wir sollten die europäischen Mittel für Bildung und Forschung verbinden, um dieses ehrgeizige Projekt zum Erfolg zu führen. Die Europäische Kommission, die Mitgliedstaaten, die Regionen, Länder und Hochschulen sollten für starke Europäische Hochschulnetzwerke mit dieser Dreiebenen-Finanzierung zusammenarbeiten.

Es ist wichtig, dass die Hochschulen die notwendigen europäischen Mittel erhalten, um zur Lösung der globalen Herausforderungen beizutragen. Ein europäischer Finanzrahmen, der Bildung, Forschung und Innovation vorantreibt, stellt auch die notwendigen Ressourcen zur Verfügung, um Forschungsaufträge in Bereichen wie künstliche Intelligenz, Gesundheit, Umwelt, Energie und Klimawandel durchzuführen."

CPU-Präsident Gilles Roussel:

„Europa steht am Scheideweg. Neben der globalen Instabilität vor unserer Haustür muss sich die EU vielen Herausforderungen stellen und Lösungen dafür finden. Die Krisen, ob politisch, sozioökonomisch oder kulturell, offenbaren auch eine Krise der Identität des europäischen Projekts. Nur Bildung, Forschung und Innovation können darauf langfristig eine Antwort geben.

Die europäische Förderung ermöglicht den Hochschulen in Frankreich, Deutschland, Polen und allen anderen EU-Ländern, die Zusammenarbeit untereinander, mit der Gesellschaft, der Wirtschaft und der Industrie zu intensivieren. Damit fördern wir die Chancen junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt und tragen zum Wissenstransfer in die Gesellschaft bei. Die Hochschulen fördern das kulturelle Verständnis, den gegenseitigen Respekt vor unserer Vielfalt und leiten junge Menschen in ihrem Bestreben, ihre Persönlichkeit als Bürger zu entwickeln, was für ein erfolgreiches Engagement in der Gesellschaft unerlässlich ist.

Das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation sollte die Projekte stärken, die auch die Innovationsökosysteme und unsere Regionen voranbringen, indem sie alle Beteiligten wie Industrie, Wissenschaftler, Studenten und lokale Behörden zusammenbringen. Dazu haben wir ein spezielles Förderprogramm unter dem Namen `Territoriale Verbindungen´ entwickelt."

Zum Nachlesen

- European University Association (21.03.2018): [Double Investment in Research, Innovation and Education](#)

Quelle: Hochschulrektorenkonferenz (HRK) via IDW

Redaktion: 27.04.2018 von Andreas Ratajczak, VDI Technologiezentrum GmbH

Länder / Organisationen: EU, Frankreich, Polen

Themen: Bildung und Hochschulen, Strategie und Rahmenbedingungen, Förderung

[Zurück](#)

Weitere Informationen